Die Schweiz bleibt Hüterin der Menschenrechte

Die Schweiz hat sich im ablaufenden Jahr bemerkenswert aktiv für Menschenrechte, Demokratie und Konfliktbearbeitung engagiert. Nach dem Effort im Rahmen des OSZE-Vorsitzes darf sie sich nicht unauffällig zurückziehen. Von Matthias Hui

Bundespräsident Burkhalter sprach vor der Uno-Vollversammlung von einer «alten Liebesgeschichte»: die Schweiz und die OSZE. Warme Worte in aussenpolitisch kühlen Zeiten. Diese sind zum einen gekennzeichnet von einem volkstümlichen Isolationismus und entsprechender gouvernementaler Schadensbegrenzung. Zum anderen steht grenzenloser Freihandel oben auf der Agenda, mit China und anderen aufstrebenden Staaten. Von dieser unerfreulichen Gemengelage hebt sich das Schweizer Engagement im Rahmen des Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ab.

Verstärkter Einbezug der Zivilgesellschaft

Die Schweiz hat 2014 mit relativ bescheidenen Mitteln einen bemerkenswerten Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Konfliktbearbeitung an den Tag gelegt. Die Task-Force OSZE-Vorsitz unter der Leitung von Botschafterin Heidi Grau und die Vertretung bei der OSZE in Wien mit Botschafter Thomas Greminger leisten hervorragende Arbeit. Der verstärkte Einbezug der Zivilgesellschaft wird als eine der Schweizer Prioritäten für das Präsidialjahr auch umgesetzt. So kommt es vor, dass an einer OSZE-Konferenz in Interlaken zur Terrorismusbekämpfung der US-Botschafter sein Land als Speerspitze im Kampf um Rechtsstaatlichkeit darstellt und umgehend an Guantánamo und Abu Ghraib erinnert wird - durch US-Menschenrechtsorganisationen, eingeladen von der Schweiz. Oder: Das EDA setzte viel daran, an einer von der Schweiz und lokalen NGO getragenen Konferenz im Südkaukasus auch aserbaidschanischen Menschenrechtsorganisationen eine Plattform zu bieten, die derzeit unter einer brutalen Repressionswelle leiden.

Der Ukraine-Konflikt wurde, völlig unerwartet, zum Brennpunkt der OSZE-Arbeit. Ausgerechnet hier versagten die OSZE-Institutionen unter dem Schweizer Vorsitz aber weitgehend darin, die Zivilgesellschaft bei der Konfliktbearbeitung glaubwürdig einzubeziehen. Allerdings scheint die verpasste Chance erkannt zu sein: Das EDA beabsichtigt, über 2014 hinaus in der OSZE und bilateral ukrainische Basisorganisationen zu unterstützen. Damit soll der Spirale von Militarisierung und Internationalisierung des Konflikts entgegengetreten werden. Der Zugang zur Politik soll sich für die Zivilgesellschaft und speziell für Frauen nicht weiter verengen. Die Schweiz war im Ukraine-Konflikt imstande, kreative Ansätze ins Gespräch zu bringen und zum Teil auch durchzusetzen. Sie stellt erfahrene Diplomatinnen und Konfliktbeobachter, finanzielle Mittel und politische Kontaktnetze zur Verfügung. Didier Burkhalter streicht zu Recht heraus, dass er und seine Diplomatinnen und Diplomaten die Anerkennung aller Konfliktparteien zu gewinnen vermochten, auch jene Moskaus. Wohl der grösste Erfolg für die Schweiz liegt jedoch darin, dass es gelungen zu sein scheint, das schlummernde Potenzial der OSZE zu reaktivieren.

Russische Menschenrechtsaktivisten sprechen allerdings von zwei Gesichtern der Schweiz: jenem der klug handelnden OSZE-Schweiz. Und jenem einer anderen Schweiz, die in Russland ihre Wirtschaftsinteressen ins Zentrum stellt, ihr eigenes Land für die russischen Oligarchen und ihr Rohstoffgeschäft weit offen hält und sich gleichzeitig ausschweigt gegenüber dem rapide schrumpfenden Handlungsspielraum für russische Menschenrechtsorganisationen. In jüngerer Zeit gibt es Anzeichen, dass die Schweiz beginnt, die Menschenrechtssituation in Russland offener anzusprechen. Nur so nimmt sie die Verpflichtung aller Staaten zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern ernst. Die Schweiz gab ihr mit einer grossen OSZE-Konferenz in Bern im Sommer 2014 eine Plattform. Nur so bleibt sie in der Frage der Prävention von Folter glaubwürdig. Die Schweiz setzte sie 2014 an mehreren Konferenzen und in enger Zusammenarbeit mit NGO zuoberst auf die OSZE-Traktandenliste.

Hausaufgaben der Schweiz

Modellcharakter soll das von der Schweiz neugeschaffene Instrument einer Selbstevaluation haben: Inwiefern setzt der jeweilige Vorsitzstaat die OSZE-Verpflichtungen zu Demokratie und Menschenrechten zu Hause um? Das EDA gab beim Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte eine Studie in Auftrag. Das Resultat: Ganz offensichtlich hat auch die Schweiz OSZE-Hausaufgaben zu erledigen. Etwa bei der undurchsichtigen Parteienfinanzierung, beim oft zu restriktiven Demonstrationsrecht in Kantonen und Gemeinden, bei der Nichteinhaltung der Rechte von Sinti und Roma oder bei der unzulänglichen Gleichstellung der Geschlechter in Lohnfragen. An einer Tagung der OSZE-Zivilgesellschaft in Basel wird auch die Schweiz zum Thema. NGO werden ihren Blick verlagern vom kostspielig gesicherten Konferenzstandort der OSZE-Ministerratskonferenz auf das wenige hundert Meter entfernte Ausschaffungsgefängnis, das Flüchtlingsempfangszentrum oder die Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel im Sexgewerbe.

Serbien übernimmt 2015 den OSZE-Vorsitz. Durch geschickte Diplomatie hat sich die Schweiz von Beginn weg auf ein zweijähriges Tandem mit Serbien festgelegt. Das EDA hat die Wegmarken so gesetzt, dass auch 2015 die Zivilgesellschaft in der OSZE eine grössere Rolle als bis anhin spielen

© NZZ AG

dürfte. Kein leichtes Spiel für Serbien.

Die Schweiz wird sich nach dem diesjährigen Effort nun nicht unauffällig aus der Affäre ziehen können. Sie bleibt mitverantwortlich für die glaubwürdige Vermittlung im Ukraine-Konflikt, für Prioritäten wie den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die Prävention von Folter und von geschlechtsbasierter Gewalt und dabei überall für den nachhaltigen Einbezug der Zivilgesellschaft. Die Schweiz kann und darf die Rolle als «Hüterin» dieser Prozesse nun nicht abgeben wie den Hut des Vorsitzstaates, der ihr gar nicht schlecht stand.

Matthias Hui ist bei der Menschenrechtsorganisation humanrights.ch als Koordinator der Arbeitsgruppe OSZE der Schweizer NGO tätig.